

Bleiberecht ist Integrationspolitik

Das Leben mit immer wieder verlängerten Duldungen ist für die Betroffenen äußerst belastend und aus gesellschaftspolitischer Sicht unverantwortlich. Unter anderem hatten schon die Zuwanderungskommission unter Rita Süßmuth und der Innenausschuss des Bundestages deshalb die Praxis der Kettenduldungen kritisiert.

Die Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag 2002 das »Jahrzehnt der Integration« ausgerufen. Die derzeit konkret diskutierten Integrationsmaßnahmen beziehen sich aber nur auf die, die neu nach Deutschland kommen oder bereits einen sicheren Aufenthaltsstatus haben.

Wer Integration ernsthaft anstrebt, muss all diejenigen berücksichtigen, die sich längerfristig in Deutschland aufhalten. Notwendig ist eine Bleiberechtsregelung für die Geduldeten, die ihnen endlich eine sichere Perspektive und ein menschenwürdiges Dasein ermöglicht.

Nach dem einstweiligen Scheitern des Zuwanderungsgesetzes vor dem Bundesverfassungsgericht hat die Bundesregierung die Chance, die Neufassung des Gesetzes mit einer Bleiberechtsregelung zu versehen. Beim Inkrafttreten des alten Ausländergesetzes 1990 gab es schon einmal eine entsprechende Regelung.

Auch unabhängig vom Zuwanderungsgesetz könnte eine Bleiberechtsregelung beschlossen werden: von den Innenministern der Bundesländer. So sieht es das Ausländergesetz in § 32 ausdrücklich vor.

Bislang verweigern die Verantwortlichen eine humanitäre Lösung. Rücksichtslos stehen die Zeichen auf Abschiebung. Das darf nicht so bleiben.

Recht auf Bleiberecht. Unsere Forderungen

Wer lange hier lebt, muss bleiben dürfen. PRO ASYL fordert deshalb eine unbürokratische und großzügige Bleiberechtsregelung und eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe

- für Alleinstehende, die seit fünf Jahren in Deutschland leben;
- für Familien mit Kindern, die seit drei Jahren in Deutschland leben;
- für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, die seit zwei Jahren in Deutschland leben;
- für traumatisierte Kriegsoffer;
- für Opfer rassistischer Angriffe.

Zu einem gesicherten Aufenthaltsrecht gehört: Ein unbeschränkter Zugang zum Arbeitsmarkt, das Recht auf Familiennachzug, das Recht auf Freizügigkeit und Wohnung, Anspruch auf Kinder- und Erziehungsgeld und im Bedarfsfall auf Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz sowie auf Maßnahmen der Arbeits-, Sprach- und Ausbildungsförderung.

Ein breites Bündnis von Kirchen, Gewerkschaften, Juristenvereinigungen, Wohlfahrtsverbänden und Flüchtlingsräten unterstützt diese Forderungen.

Sie hätten gerne nähere Informationen?

Schreiben Sie uns. Wir senden Ihnen gerne ausführliches Informationsmaterial zur Bleiberechtskampagne.

Herausgeber: Förderverein PRO ASYL e.V.,
Postfach 160624, 60069 Frankfurt/M.,
Telefon: 069/23 06 88, Fax: 069/23 06 50
Internet: www.proasyl.de, E-mail: proasyl@proasyl.de
Spendenkonto-Nr. 8047300,
Bank für Sozialwirtschaft Köln,
BLZ 370 205 00

PRO ASYL
Förderverein PRO ASYL e.V.

Veröffentlicht im September 2003

Hier geblieben! Recht auf Bleiberecht.



**”Wenn Yildiz in die
Türkei abgeschoben
wird, haben wir alle
nichts dazugelernt.”**

PRO ASYL
Förderverein PRO ASYL e.V.
DER EINZELFALL ZÄHLT.

Yildiz

Yildiz Kurter, 19jährige Schülerin, lebt mit Mutter und Geschwistern seit 1992 in Deutschland. Sie war sieben, als ihre Familie fliehen musste. Die syrisch-orthodoxen Christen waren als diskriminierte Minderheit in der Osttürkei zwischen die Fronten von türkischem Staat und PKK geraten. Das Asylverfahren zieht sich viele Jahre hin. 2001 lehnt das Gericht den Asylantrag ab, weil es meint, die Familie hätte damals in Istanbul Zuflucht finden können.

Zu diesem Zeitpunkt fühlt sich Yildiz schon längst in Deutschland zu Hause. Gerade ist sie auf das Gymnasium gewechselt. Eine Rückkehr in die Türkei ist für sie unvorstellbar: »Ich kann ja nicht einmal türkisch. Mit meiner Mutter sprechen wir aramäisch, aber sonst fast nur noch deutsch.« Yildiz hofft, dass ihre Familie doch noch bleiben darf. Freunde und Unterstützer haben 500 Unterschriften dafür gesammelt.

Mostafa

Mostafa Shani war 14, als er 1995 mit seinen Eltern aus dem Iran floh. In Deutschland erkennt das Bundesamt ihn und seine Eltern als Flüchtlinge an, doch der Bundesbeauftragte legt Klage ein. Erst fünf Jahre später entscheidet das Verwaltungsgericht, dass der Asylantrag der Familie abgelehnt wird. Heute ist Mostafa 21, er hat seine Ausbildung zum Assistenten für Produktionsinformatik erfolgreich beendet und strebt die Fachhochschulreife an. Mostafa sagt: »Ich hab nie daran gedacht, zurückkehren zu müssen. Schließlich sind meine Brüder hier auch anerkannte Flüchtlinge.« Mostafas Vater ist inzwischen gestorben. Seine Mutter ist schwer herzkrank und vorerst nicht reisefähig. Wie lange Mostafa und seine Mutter deshalb vor der Abschiebung bewahrt bleiben, ist nicht absehbar.

Yildiz Kurter und Mostafa Shani gehören zu rund 230.000 Menschen in Deutschland, die zwar registriert sind, aber kein Aufenthaltsrecht haben: Behördlich »geduldet«, sozial ausgegrenzt, von Abschiebung bedroht. Viele von ihnen sind seit Jahren, manche ihr ganzes Leben hier. Doch eine gesicherte Lebensperspektive haben sie nicht. PRO ASYL fordert jetzt eine unbürokratische Bleiberechtsregelung.

Leben mit Duldung

Die gesellschaftliche Eingliederung von Geduldeten war immer unerwünscht und wurde bewusst verhindert. Mit Duldung zu leben heißt:

- ein gesetzlich eingeschränkter Arbeitsmarktzugang; z.T. behördlich verhängtes Arbeitsverbot
- kein Anspruch auf eine Wohnung, oft Leben im Sammel-lager;
- kein Anspruch auf Sozialhilfe, stattdessen Minder-versorgung durch das Asylbewerberleistungsgesetz;
- mangelnde Krankenversorgung;
- kein oder wenig Bargeld, Essen aus Lebensmittel-paketen, Einkaufen mit Gutscheinen;
- das Verbot, den zugewiesenen Wohnort zu wechseln;
- das Verbot, ohne besondere behördliche Genehmigung das Bundesland oder den Landkreis zu verlassen.

Nicht wenige Menschen resignieren unter diesen Bedingungen oder werden krank. Aber auch unter schwierigen und ausgrenzenden Bedingungen schlagen sie Wurzeln in Deutschland, knüpfen Kontakte, gewinnen Freunde. Vor allem die Kinder und Jugendlichen sind es, denen Deutschland mit der Zeit ein Zuhause wird: Sie sprechen bald besser Deutsch als die Sprache ihrer Eltern, gehen zur Schule, werden hier erwachsen. Immer dabei ist die Angst, eines Tages plötzlich doch noch abgeschoben zu werden.

Problematische Rückkehr

Im Asylverfahren abgelehnt, aber noch nicht abgeschoben. In dieser Situation befinden sich viele Menschen, die durch das Raster des strengen deutschen Asylrechts gefallen sind. Der größte Teil von ihnen sind Bürgerkriegs-flüchtlinge.

Dafür, dass eine Abschiebung nicht stattfindet, gibt es viele Gründe: Drohende Folter oder Todesstrafe im Herkunftsland (was z.T. nicht als Asylgrund gilt), Fehlen von Passpapieren für die Rückkehr, die Weigerung der Botschaft, neue Papiere auszustellen, fehlende Verkehrs-verbindungen in vom Krieg zerstörte Länder; Reiseunfähigkeit aufgrund einer schweren Erkrankung oder Suizid-gefahr und vieles andere.

Früher wurden viele im Asylverfahren abgelehnte Men-schen per »Abschiebungsstopp« eine Weile vor der Ab-schiebung geschützt, weil man ihnen die Rückkehr in Krieg und Verelendung nicht zumuten wollte. Heute ist die Abschiebungspraxis rigoroser. Wenn es sich organisieren lässt, wird in der Regel abgeschoben. Diese Entwicklung hatte zur Folge, dass immer wieder Flüchtlinge bei Ab-schiebungen zusammenbrechen, sich physisch zur Wehr setzen oder umzubringen versuchen. Manche Flücht-linge entziehen sich aus Angst vor der Abschiebung dem Zugriff der Behörden oder verweigern eine Mitarbeit bei der Passbeschaffung. Ihre Bedenken, ausländerrechtliche Regeln zu verletzen, treten zurück hinter der Angst vor dem, was sie im Zielland der Abschiebung erwartet.